

KLUB DER SOZIALISTISCHEN  
ABGEORDNETEN UND  
BUNDESRÄTE

12. Oktober 1955  
Wien I,  
Parlament, Tel. A 19-500 Serie

Dr. P/N.

Herrn  
Bundesminister Dipl. Ing. Karl WALDBRUNNER,  
Wien, I., Elisabethstr. 9

Lieber Freund!

Beiliegend übermittle ich Dir ein von mir ausge-  
arbeitetes Memorandum, zum persönlichen und vertraulichen  
Gebrauch, das als Grundlage für eine Aussprache, nach meiner  
Rückkehr aus Strassburg, dienen soll.

Gegen eine allfällige Verwendung einzelner Punkte  
am ÖGB-Kongress habe ich nichts einzuwenden.

Ergeht an: Karl Maisel  
Johann Böhm  
Anton Proksch  
Otto Probst  
P. A. Schöpf  
Karl Helmer

Mit besten Grüßen  
Dein



Unter <sup>geänderten</sup> ~~anderen~~ Voraussetzungen.

---

Nach Abschluss des Staatsvertrages haben sich verschiedene und entscheidende Voraussetzungen für die bisherige Politik der Partei verändert. Es erscheint daher notwendig zu prüfen, ~~was sich an den Grundlagen unserer bisherigen Politik durch den Abschluss des Staatsvertrages und den Abzug der Besatzungsmächte geändert hat~~ und welche Änderungen daher für unsere politische Praxis sich daraus ergeben. Diese Studie erhebt keineswegs Anspruch auf Vollständigkeit oder gar ausschliesslichkeit. Sie ist lediglich <sup>als</sup> ~~ein~~ Diskussionsbehelf für Erörterungen aufzufassen, die vorerst nur in einem sehr engen Kreis geführt werden sollen.

1. Politische Veränderungen *und Konsequenzen für die Willensbildung und Praxis der Partei.*

Von beiden Regierungsparteien wurde den Mitgliedern und Wählern die Art der politischen Zusammenarbeit stets als eine Notwendigkeit hingestellt, die sich aus der Tatsache der Besetzung ergibt. Die Gefahren aus einer Uneinigkeit der beiden grossen politischen Gruppen waren leicht und verständlich darstellbar und insbesondere war die Mehrheit der Bevölkerung in der Ostzone für diese Erkenntnis aufgeschlossen. Die Politik der Zusammenarbeit zwang beide Parteien zu Kompromissen, ja sogar dazu, schon beim Aufstellen von Forderungen das mögliche Ergebnis einzukalkulieren. In den Wählerschichten beider Parteien gab es natürlich Gruppen, denen durch diese Politik die Durchsetzung gruppenegoistischer Forderungen erschwert oder gar unmöglich gemacht wurde. Aber auch diese Gruppen beugten sich bisher der Erkenntnis, dass ein Auseinanderfallen der Koalition eine Gefahr für die Einheit des

des Landes und für den Bestand ihrer Gruppenorganisationen bedeutet. Das Symbol für diese Dankart war der berüchtigte Ast, auf dem beide sitzen.

Nach Wegfall der sichtbaren Folgen einer Uneinigkeit wird es für beide Parteien oder Parteiführungen viel schwerer werden disziplinelose Ausbrüche zu verhindern.

Für die ÖVP wegen ihrer inhomogenen Zusammensetzung ist dies ungleich schwerer als für uns. Dazu kommt, dass die ÖVP ihre politische Vorrangstellung schon heute als aufs äusserste gefährdet betrachten muss. Die ÖVP-Führung wird daher Drohungen auch von relativ kleinen, extremistischen Gruppen gegenüber nachgiebiger sein als wir. Dazu kommt aber, dass ~~nach~~ für die ÖVP entscheidende Gruppen, wie der Industriellenbund und die Katholische Kirche, die Fesseln der Koalition zumindest lockern wollen. Instinktiv oder vielleicht auch bereits politisch erfasst, spüren sie, dass die politische Parität der Regierungsparteien in Regierung und Parlament heute gerade für ihre Forderungen nicht mehr real ist; d.h. sie sehen die Notwendigkeit mit den Sozialisten in jeder Einzelfrage zu kooperieren und sich zu verständigen, nicht mehr als gegeben an. Dabei kann der Industriellenbund, vielleicht auch in manchen Fragen der Bauernbund eher mit einer fallweisen Majorität im Parlament für seine Forderungen rechnen als die Kirche.

Gemeinsam ist jedoch beiden das Gefühl, dass sie mehr Last in der Koalition heute tragen als nach den geänderten politischen Voraussetzungen ~~für sie~~ notwendig erscheint. Es ist dabei selbstverständlich, dass die subjektive Betrachtungsweise des Interessanten, die durch die objektive Einordnung der Verhältnisse gegebene Grenze übersieht.

Wir müssen unseren Wählern und Mitgliedern die veränderte Situation begreiflich machen. Ich sehe die Schwierigkeiten hauptsächlich in zwei Richtungen:

Erstens konnten wir gegenüber den alten Vertrauensmännern mit der tatsächlichen oder nur eingebildeten Erfahrung aus der 1. Republik, vor allem in Ost-Österreich noch immer Opposition, und zwar gegen die Besatzungsmächte darstellen. Wir waren also nur bei ganz grossen Entscheidungen, vor allem beim Währungsschutzgesetz und Lohn-Preisübereinkommen, ~~während~~ mit der Verantwortung als Regierungspartei belastet. In vielen Fällen konnten wir gegenüber Unzufriedenheit in den eigenen Reihen, die einzelnen Aktionen als durch die Besatzungsverhältnisse gegeben darstellen, und wie ich sagen möchte, in den meisten Fällen auch tatsächlich richtig, wobei es gar nicht notwendig war, alle Einzelheiten aufzuklären. Wir hatten es daher leichter, die Zustimmung zu finden, weil die Vertrauensleute das Gefühl hatten, wir seien nicht voll handlungsfähig und daher auch nicht voll verantwortlich; wie ich nochmals sagen möchte, durchaus richtiger Weise. Unsere Vertrauensmänner konnten dies aber dann an die Mitglieder oder gar an die Wähler weitergeben und hatten dabei auch wesentlich weniger Schwierigkeiten Verständnis zu finden, als wenn die Regierung und wir als Regierungspartei allein dafür verantwortlich sind.

Das fällt jetzt weg. Ja, noch mehr. Die Bevölkerung und auch die Arbeiterschaft - wieder speziell in Ost-Österreich, - hat irgendwie das Gefühl, dass durch den Abschluss des Staatsvertrages dem Einzelnen und einzelnen Gruppen, viel mehr zukommt als bisher. Und die Unzufriedenheit mit den ~~alten~~ *alten wirtschaftl.* Tatsachen muss dann umso grösser sein und damit auch die

die Schwierigkeit der Partei und den Vertrauensleuten, diese Tatsachen verständlich zu machen. Wir werden vor allem ungleich mehr Zeit dafür aufwenden müssen, als bisher, und werden die ~~MEMBERTEN~~ einzelnen Organisationen in der Arbeiterbewegung sehr rasch auf ihre Brauchbarkeit für diese neue Aufgabe überprüfen müssen.

Zweitens haben wir vor allem in wirtschaftlichen Fragen bisher den Brauch gehabt, Berichte, sei es des zuständigen Ressortträgers oder Organisationsvertreters, oder Referent<sup>en</sup> des Parteivorstandes anzuhören und zur Kenntnis zu nehmen. Eine detaillierte Beschlussfassung über Einzelheiten war selten. Das hat zwar dazu geführt, dass wir im Parteivorstand oder in der Parteivertretung schwere Differenzen vermeiden/und <sup>konnten</sup> Überstimmungen durch Majorisierung selten wurden. Das war zweifellos für das geschlossene Auftreten der Sozialistischen Partei von grosser Bedeutung. Für den Aussenstehenden boten und bieten wir das Bild einer innerlich geschlossenen Partei, die als solche selbstverständlich Anziehungskraft ausübte.

Auf der anderen Seite haben wir das Nichteinhalten der Generallinie durch einzelne Gruppen oder Funktionäre nicht leicht fixieren ~~können~~ und <sup>daher</sup> ~~haben~~ selten in solchen Fällen die Einhaltung der Parteidisziplin verlangen <sup>können</sup> ~~können~~. Soweit sich das nur darin äusserte, dass in grossen Verbänden sozialistische Funktionäre mit anderen nur in einzelnen Punkten abwichen, oder die ihnen in ihrem Bereich richtig erscheinende Politik ohne besondere Rücksicht auf die Generallinie machten, waren bisher die Schäden nicht erheblich.

und <sup>11</sup> ~~Arbeitsfrage~~ <sup>Frage</sup> Jetzt zeigt sich aber, besonders in der Bundesheer-  
~~Frage~~, dass sogar einzelne Funktionäre in der Partei mit  
Parteifremden gemeinsam gegen die Linie der Partei gerichtete  
Erklärungen abgeben. Eine solche Lockerung der Partei-~~dis-~~  
ziplin oder ein Gewährenlassen dieser Lockerung kann die  
schwersten Folgen haben. Ich sehe hier insbesondere Gefahr  
für die gemeinsame Lohn- und Wirtschaftspolitik des ÖGB.  
Denn so wie ~~schon~~ <sup>ein</sup> einzelner Betriebsfunktionär eine  
Betriebsfraktion oder eine Belegschaft für die Ablehnung  
~~der Wehrmacht~~ oder des Heeres gewinnen kann, kann <sup>er</sup> ~~ich~~ sie  
vermutlich noch leichter für eine separatistische Lohn-  
oder Betriebspolitik gewinnen, wenn daraus für den Einzelnen  
Vorteile erreichbar erscheinen.

Andererseits ermutigt ein Gewährenlassen in dieser  
Richtung einen ~~stets~~ wachsenden Kreis und entmutigt diejenigen,  
die zur Parteilinie stehen. Es wird also notwendig sein,  
dass wir, selbst auf die Gefahr eines gelegentlichen Ausein-  
andergehens der Meinungen in den Führungskörperschaften  
der Partei, nicht nur konkrete Grundsatzbeschlüsse, sondern  
sogar Einzelbeschlüsse fassen und dann die einzelnen Partei-  
funktionäre daran binden, sich an diese Beschlüsse zu  
halten, auch wenn sie dadurch in ihrem engeren Arbeits-  
gebiet mit Parteigegnern in ernste Differenzen kommen und  
sich selbstverständlich ihre Arbeit damit erschweren. Es  
wird aber angesichts der <sup>herausstehenden</sup> härteren politischen Auseinander-  
setzungen mit dem Gegner, vielen Vertrauensleuten, die  
ihre eigene Stellung überschätzen, d.h. die glauben, sie  
brauchen den Rückhalt der Partei <sup>nicht oder</sup> wenig, sehr rasch die  
Einsicht in die Notwendigkeit einer Solidaritätspolitik  
kommen.

Ich möchte die Gedanken über unsere Schwierigkeiten in folgender Form zusammenfassen:

Wir müssen dem Funktionär und dem Mitglied beibringen, dass <sup>auch</sup> die Erleichterung, die er für seine Stellung oder auch für seine Person aus der Tatsache empfängt, dass die Partei entscheidend an der Regierungsgewalt beteiligt ist, damit bezahlen muss, dass er ~~auch~~ das Unangenehme mittragen und mitverantworten muss, das sich aus Regierungsbeteiligung ergibt.

Wir müssen vor allem dem Funktionären in Verwaltungspositionen der Gebietskörperschaften und der Körperschaften des öffentlichen Rechtes mit aller Entschiedenheit beibringen, dass er sich bei seinen Einzelentscheidungen immer der Tatsache bewusst sein muss, dass die Gesamtpartei für diese Entscheidung verantwortlich gemacht wird, auch wenn vorher *nie* nicht gefragt wurde oder gar von der Entscheidung erst durch die Reaktion des Gegners erfährt. Es muss mit aller Entschiedenheit der Grundsatz vertreten und gegen jeden Funktionär durchgesetzt werden: Die Rücksicht auf die Gesamtbewegung geht vor allen Rücksichtnahmen auf Gruppeninteressen und selbstverständlich vor Einzelinteressen.

Zur Illustration erwähne ich nur die Fälle: Aussee, Truppe, Tarifpolitik. Solche Dinge müssen in Zukunft unmöglich gemacht werden. Die zuständige Territorialorganisation der Partei muss die Entscheidung für sich in Anspruch nehmen und das Recht darauf durchsetzen. Sie soll natürlich mit dem Parteivorstand stets Fühlung halten. Aber niemals darf die Rücksichtnahme auf das sogenannte Prestige eines einzelnen Funktionärs oder eines Funktionärkörpers dazu führen, dass das Ansehen der

Gesamtpartei in den Augen ihrer Wähler ~~nicht~~ Schaden leidet.

### Neue Wege.

Mit der Beschlussfassung über das ASVG haben wir die alten sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterbewegung erfüllt. Dies wäre als unerhörter Triumph von denen empfunden worden welche sie im Zeitalter des 12 Stundentages, des völligen Mangels der sozialen Existenzsicherheit und des Armenhauses aufgestellt hatten. Die heutige Generation reagiert anders. <sup>Der</sup> Achtstundentag ist eine Selbstverständlichkeit geworden, <sup>Vielmehr</sup> darf für die <sup>oft</sup> gerne geleistete Mehrarbeit <sup>darf</sup> ein höherer Lohn gefordert werden. Es ist bezeichnend, dass die jüngste Lohnstatistik des Institutes für Wirtschaftsforschung feststellt, dass die durchschnittliche Wochenarbeitszeit im graphischen Gewerbe in Wien 50,4 Stunden beträgt; in einer Branche, die in ihrem Kollektivvertrag die 39 Stundenwoche durchgesetzt hat. 14 Tage Urlaub, Urlaubszulage, Weihnachtsremunerationen, Schutz durch den Betriebsrat, der einem die unangenehme persönliche Auseinandersetzung mit dem Arbeitgeber abzunehmen hat und jetzt eine Altersversorgung wie im öffentlichen Dienst, die <sup>heute</sup> noch Interesse erweckt aber in den nächsten 5 Jahren ebenso zur Selbstverständlichkeit werden wird, wie die anderen Errungenschaften. Mit einem Wort, von diesen das gesellschaftliche Gesicht unseres Jahrhunderts einst umwälzenden Forderungen, geht heute keine wesentlich agitatorische Wirkung mehr aus. Es gibt aber auch für diese Generation noch eine Reihe von Problemen, mit denen sie auch bei verbesserten Lohnverhältnissen nicht fertig wird. In erster Linie die Wohnung, die Erleichterung der Hausarbeit für die mitverdienende Frau und die öffentliche Fürsorge für die Kinder der berufstätigen Eltern. Und ich sehe noch einen schweren und mühseligen Kampf mit sonst braven Verwaltern voraus, bis man die



Erkenntnis wird durchgesetzt haben, dass ein modernes Schwimmbad zwar für die ganze Bevölkerung etwas wunderschönes ist, aber ein Tages- oder Wocheninternat für Vorschüler oder schulpflichtige Kinder gerade von der Arbeiterfamilie besonders dringend verlangt wird, *und daher den Vorrang in der Kommunalpolitik verdient.*

Wir müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, dass den in den Mittelstand aufgestiegenen Arbeitern und Angestellten die Solidarität längst nicht mehr so als selbstverständlich erscheint, wie einst dem Proletarier; und auch der musste erst dazu erzogen werden. Die einstigen Wohnverhältnisse der Arbeiterschaft ob in Gross-Städte oder in den Werkswohnungen, zwangen geradezu zur Gemeinschaft, weil schon die Kinder in den überfüllten Wohnungen keinen Platz zum spielen fanden. Ob im Stiegenhaus, im Lichthof oder auf der Strasse und in den wenigen Parkanlagen, die Kinder der Arbeiterschaft wuchsen untereinander und miteinander auf. Für die Kinder in den neuen Siedlungen, ob Gemeindehäuser oder <sup>Wohnhäuser</sup> Siedlungshäuser, ist die Absonderung von ihren Altersgenossen leicht und vielfach von den Eltern gewünscht. ~~Es~~ so wie die Eltern heute auch nicht mehr das Bedürfnis haben in Arbeiterheimen zusammenzukommen, denn sie werden heute in jeder Gastwirtschaft als Gleichberechtigte aufgenommen und behandelt.

Es nimmt daher das Bedürfnis nach Massenbewegung und Massenorganisation ständig ab. Der alte Mittelstand sammelte sich in einer Unzahl von kleinen Vereinen und Organisationen und war für die Massenkundgebungen nicht zu haben. Auch für die aufgestiegene Arbeiterschaft gelten die gleichen soziologischen Gesetze, die man nur durch sorgfältige und planmässige Erziehung wird überwinden können. Ich weise dabei auf die verschiedenen Freundschafts- oder Gewerkschaftstreffen hin, die mir eine moderne und durchaus brauchbare Organisationsform für Massenkundgebungen erscheinen. Sie setzen allerdings eine sorgfältige Planung und eine Vorbereitung durch Grossorganisationsstäbe voraus.

Und schliesslich: Der aufgestiegene Arbeiter ist mit Recht selbstbewusster geworden. Er wird heute vom Klassengegner als <sup>menschlich</sup> ~~gesellschaftlich~~ gleichberechtigt behandelt. Er wird daher durch das ~~menschliche~~ Benehmen seiner Gegner nicht abgestossen; ~~denn~~ diese bemühen sich im Gegenteil durch betonte Freundlichkeit, das sogenannte „soziale Betriebsklima“, ihm zu beweisen, dass es eigener soziologisch geschlossener Organisationen nicht mehr bedarf, um den Aufstieg zu sichern oder fortzusetzen. <sup>Der</sup> ~~Dem~~ Proletarier hat man den Organisationen der Arbeiterbewegung allein überlassen, um den in den Mittelstand aufgestiegenen Arbeiter und Angestellten kämpft der Gegner mit allen Mitteln der modernen Massenbeeinflussung. Der aufgestiegene Arbeiter hat nicht mehr wie in der Vergangenheit das Gefühl, auch wenn die Partei oder die Gewerkschaft eine ihm noch so falsch erscheinende Politik macht, oder wenn sich der einzelne Organisationsvertreter ihm gegenüber noch so abweisend benimmt, <sup>es bleibt</sup> ~~dass~~ ihm doch nichts anderes übrig~~bleibt~~, als die Organisation der Arbeiterbewegung. <sup>Der</sup> ~~Der~~ junge Arbeiter und Angestellte von heute muss von ~~den~~ ~~Verhältnissen~~ der Notwendigkeit einer geschlossenen soziologischen Organisation erst ~~ganz~~ ~~überzeugt~~ ~~werden~~ überzeugt werden. Dazu bedarf es nicht nur einer gründlichen Überholung unserer bisherigen Agitation~~en~~ methoden sondern auch einer <sup>zielbestimmten</sup> Verwaltungsreform in der Arbeiterbewegung und vor allem einer Erziehung auch an jenen beamteten Trägern der Organisation, die den Hauptkontakt mit der Arbeiterschaft haben. Ich will das krass ausdrücken: das Verhalten eines kleinen Schalterbeamten in einem Sozialversicherungsinstitut oder in einem von Sozialisten kontrollierten Amt, kann uns mehr schaden, als ein selbst grober politischer oder menschlicher Fehlgriff leitender Funktionäre.

Die Terminologie ist alt geworden.

Wir müssen uns <sup>ferner</sup> dessen bewusst werden, dass wir heute in der Arbeiterbewegung mit einer Terminologie und einer darauf beruhenden Agitation arbeiten, die mit unserer Praxis in Widerspruch steht. Wir sind in die kapitalistische Wirtschaft hineingewachsen, wir bemühen uns tatkräftig und vielfach erfolgreicher als die Konservativen, ja oft sogar gegen deren Widerstand, um die Behebung der Mängel, die dem kapitalistischen System anhaften. Wir haben mit dem Vollbeschäftigungsprogramm absolut richtig die kapitalistische Absatzkrise bekämpft. Wir akkumulieren in den von uns verwalteten Betrieben genau so, oder gar noch intensiver wie die Kapitalisten das Kapital; aber wir bilden uns ein, dass wir den Kapitalismus bekämpfen, während wir ihn stützen. Wir verwenden die gleichen Schlagworte und Parolen wie einst und wundern uns dann, dass sie sich im Kopf der Primitiven, der neu zur Arbeiterklasse gestossenen Elemente schliesslich gegen uns kehren, dass bei ihnen die Konservativen mit Erfolg uns als die "Kapitalisten" hinstellen und dabei gar nicht ganz unrecht haben.

Als Hauptvoraussetzung für den Sieg des Sozialismus sieht bekanntlich Karl Marx die Akkumulation und Konzentration des Kapitals an, "die Reichen werden immer reicher und die Armen immer ärmer" - und die aus der Überproduktion sich ergebenden Krisenzyklen, weil das verarmte Proletariat die erzeugten Güter nicht abnehmen kann, damit Produktionseinschränkungen und Arbeitslosigkeit hervorruft und dabei immer mehr verelendet.

Der kapitalistische Krisenzyklus ist gerade von den Sozialisten und den ihnen Nahestehenden erfolgreicher bekämpft worden, als je von den Kapitalisten, da ja die sozialistischen Anhänger die Folgen des Kapitalismus am härtesten zu spüren bekamen und ~~es~~ schliesslich auch die Konservativen erkannten, dass ein Fortführen der reinen kapitalistischen Wirtschaftsform zu ihrem

Zusammenbruch führen müsse. Die Weltwirtschaftskrise der 30. Jahre führte im stärksten kapitalistischen Land zur Aera Rossevelt, zum "New Deal", die zum Vorbild der Krisenbekämpfung in der ganzen Welt wurde. Hierbei in Uebereinstimmung mit Karl Marx, der erklärte, dass das stärker industriell entwickelte Land stets dem schwächeren die Zukunft weise; nur meinte er damit England.

Nur der Tatsache, dass in den USA keine sozialistische Partei und vor allem keine sozialistische Ideologie existiert, führte dazu, dass die Rossevelt-Reform nicht als wesentlicher Bestandteil des modernen Sozialismus angesehen wird. Sie wird allerdings in ~~der~~ gewerkschaftlichen Praxis aller demokratischen Staaten aufgenommen und wurde in Europa durch die Praxis der englischen Arbeiterregierung als "Labourismus" anerkannt.

Hingegen haben einerseits die Kommunisten die Gefahr erkannt, dass die Trennung der Sozialisten von der marxistischen Terminologie ~~und Ideologie~~, die von den Kommunisten missbraucht werden, gerade die kommunistische Infiltration in den sozialistischen Organisationen erschwert und haben deswegen auch in der Innenpolitik allem "Amerikanischen" den Krieg erklärt. Andererseits haben die Konservativen mittlerweile erkannt, dass die Methoden der sozialistischen Krisenbekämpfung sehr wohl auch von ihnen angewendet werden können, da sie ja nicht zur Zerstörung des Kapitalismus führen und die arbeitenden Menschen durch den Trick des "kapitalistischen Wohlfahrtsstaates" <sup>von</sup> ~~in~~ ihrem Kampf um die sozial gerechte Verteilung des Nationalproduktes abgelenkt werden können.

Dabei kommen ihnen zwei Faktoren zu Hilfe, die die moderne Arbeiterbewegung beachten muss:

Die Vollbeschäftigung ist heute kein sozialistischer Programmpunkt sondern genau so ein konservativer. Aber trotzdem darf die Arbeiterbewegung keine Lohnpolitik treiben, welche die



dustriewirtschaft belebende Eigeninitiative des Einzelunternehmers ersetzt, durch die Leistung und die Hingabe von Menschen, welche nicht mehr dem einzelnen Kapitalisten, sondern dem vergesellschafteten Kapital dienen. Aber auch im sogenannten Sektor der "Freien Wirtschaft" verschwindet der Typ des initiativen Unternehmers immer mehr und mehr und zwar vor allem durch den <sup>Präsidenten</sup> ~~Director~~ der Handelskammer, der sogar <sup>zu</sup> eine Gefahr für die Modernisierung und Produktivitätssteigerung in diesem Sektor zu werden droht.

<sup>Das</sup> ~~es~~ <sup>heißt</sup> ~~Wird~~ in Österreich keine liberale Partei haben, ist dem Umstand zuzuschreiben, dass die eine solche Partei tragenden Gesellschaftsschichten verschwinden, nicht nur durch die Verstaatlichung, sondern auch durch die Fesseln des Kammerstaates. Zuletzt hat die Forderung der Ärztekammer, den Ärztstand als freien Beruf aufrechtzuerhalten, aber alle Ärzte in ein Werkvertragsverhältnis überzuleiten, das Groteske dieser Situation schlaglichtartig erhellt. Politisch äußert sich diese Entwicklung darin, dass die Sozialistische Partei und die Österreichische Volkspartei, die zwischen ihnen stehenden Schichten von beiden Seiten her aufsaugen.

Für die künftige Stellung des Sozialismus in den Staaten mit kapitalistischer Wirtschaftsform, halte ich es u.a. auch für entscheidend, dass Privatkapital und Privatunternehmerinitiative von der Verfügung über die Atomenergie, einen entscheidenden Teil der künftigen Energiewirtschaft, von allem Anfang an ausgeschlossen sind. Wenn auch hiefür <sup>unpolitische</sup> ~~politische~~ und staatspolitische Gründe massgebend waren, so ist doch entscheidend die Tatsache, dass <sup>es</sup> in einem so wesentlichen Sektor der Wirtschaft ~~es~~ überhaupt nicht zum Einsatz von Privatkapital gekommen ist. Dieser Wirtschaftszweig muss daher nicht mehr verstaatlicht werden, sondern wird von einer Arbeiterregierung so übernommen, wie die Verfügung über Polizei oder Heer.

Die Erkenntnis, dass wir die kapitalistische Wirtschaftsform gegenwärtig mit unserer Politik stützen, berechtigt die Sozialisten weder zum Zweifel noch zur Trauer. Zum Beweis dafür, sei jener Satz aus dem Vorwort zur "Kritik der politischen Ökonomi" angeführt, der mit der Erkenntnis schliesst: "Höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle der untergehenden Gesellschaftsform, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoosse der alten Gesellschaft ausgebrütet sind."

Auch in dieser Entwicklungsphase des Sozialismus dürfen wir auf den Schwung, auf das idealistische Ziel nicht verzichten. Die Alltagsauseinandersetzungen bringen uns vorwärts, aber die Triebkraft für diese Auseinandersetzungen erhalten wir aus dem Streben nach einem konkreten Fernziel. Achtstundentag und Arbeiterpension haben der sozialistischen Bewegung vor mehr als 60 Jahren, im Zeitalter des 12 und 14 Stundentages und des Armenhauses den Schwung gegeben, die Massen anzuziehen und mitzureissen. Wir dürfen auch in unserem Zeitalter nicht Angst vor der eigenen Courage haben. Das Ziel das wir uns setzen, mag heute kühn erscheinen. Wir müssen den Arbeitenden die Zuversicht geben, dass sie es erreichen können, wenn sie gemeinsam und geschlossen dafür eintreten. In der Gegenwart haben wir einen Beweis für die Richtigkeit dieser Auffassung in unserem Kampf um die Vollbeschäftigung. Als wir ihn aufnahmen, waren viele von uns aus den Eindrücken der einstigen Wirtschaftskrise und der uns in der Jugend eingepflanzten wirtschaftlichen Lebensuntätigkeit, ja Lebensunfähigkeit, höchst bedrückt. Heute ist die Vollbeschäftigung nicht nur durchgesetzt, sondern wird sogar ~~leider unterstützt von mangelnden Agitations-~~ <sup>Wir</sup> ~~bedrückt~~ <sup>bedrückt</sup> ~~von unserer Presse,~~ vom Gegner als sein Verdienst in Anspruch genommen.

theorie von der

Ich schlage daher vor, dass wir uns ein 10 Jahr-Ziel erstellen, mit dem <sup>Parolen:</sup> ~~Plan~~ // Verdopplung des Realeinkommens der Arbeitenden Österreichs. Wir haben die soziale ~~Not~~ in Österreich abgeschafft, jetzt wollen wir Armut und Bedürftigkeit beseitigen.//

Den darob Erschreckenden will ich zu bedenken geben, dass das durchschnittliche Durchschnittseinkommen des österreichischen Arbeiters <sup>mit monatl.</sup> ~~betragt~~ S 1.300 bis 1.400,-, des Angestellten ganze S 1.600 bis 1.700,- berechnet wird. (Gelingt die Verwirklichung dieses Programmes, dann wird der österreichische Arbeiter im Jahre 1956 eine Durchschnittseinnahme von 108 US Dollar und der österreichische Angestellte ein solches von 140 US Dollar haben, aber schon jetzt für die Erzeugnisse der modernen Technik, die auch er für ein bequemes Leben benötigt, die Preise zahlen, die ~~noch~~ der amerikanische Arbeiter von seinem jetzigen 200 Dollar <sup>Mindest =</sup> ~~Durchschnitts~~ ~~einkommen~~ zahlt. ~~Warten~~

Wir müssen uns, bei aller Würdigung des erreichten Fortschrittes in der Hebung des Lebensstandards der österreichischen Arbeiterschaft doch vor Augen halten, dass gemessen an den Lohnverhältnissen anderer Industriestaaten, der österreichische Arbeitslohn absolut und relativ auf einer sehr niedrigen Stufe steht. Und dass der österreichische Arbeiter mit Ausnahme der subventionierten Lebensmittel, Tarife und Mieten, für alle technischen Waren dieselben Preise zahlen muss, wie sein viel höher verdienender Kollege.

Das Institut für Wirtschaftsforschung hat vor kurzem festgestellt, dass die Produktionssteigerung der österreichischen Industrie um <sup>1955</sup> 27 % im ersten Halbjahr, zwar geringer war als im ersten Halbjahr 1954, wo sie 14 % betrug. ~~Warten~~ von dem haben wir uns noch nicht den uns zukommenden Anteil geholt.



Andererseits sind vom Jänner 1952 bis Juni 1954 die Nettotariflöhne im Durchschnitt um 11,7 % gestiegen. Da die Lohnsteuer im gleichen Zeitpunkt für die niedrigen Einkommen erheblich gesenkt wurde, und die Lebenshaltungskosten noch immer niedriger sind als zum Beginn der Stabilisierung, kann eine durchschnittliche Erhöhung der Nettobezüge von 5 % jährlich angenommen werden.

In der gleichen Zeit mussten wir aber in Erfüllung unserer eigenen Forderungen einen Teil des Sozialproduktes bewusst für die Errichtung neuer Arbeitsplätze im Dienste der Vollbeschäftigung und für neue oder erhöhte Sozialleistungen verwenden. (Kinderbeihilfe, 13. Rente, Wohnbauförderung). Mit dem ASVG kann dieser Zeitpunkt ebenso als abgeschlossen betrachtet werden, wie die Notwendigkeit forcierter Investitionen oder Investitionsbegünstigungen. Wir können daher mehr vom Sozialprodukt für die direkte Erhöhung des Lebensstandards beanspruchen.

Selbstverständlich kann ein solches Programm nicht nur allein durch Lohnkämpfe erreicht werden. Es muss vielmehr die bisherige erfolgreiche Politik der sozialistischen Gewerkschafter nach Verbilligung der Industriegüterpreise fortgesetzt werden. Die Erfolge der besseren Kapazitätsausnutzung und der kostensenkenden Rationalisierung müssen auch den Konsumenten zugute kommen. Betriebsseparatismus führt uns nur dazu, dass wir uns wegen kleiner Trinkgelder <sup>für kleinere Gruppen</sup> für die ganze Arbeiterschaft des Vorteiles der Konsumverbilligung begeben. ~~Das ist ein einzelner selbstverständlich~~ nicht möglich, allein das umfassende Konzept einer Wirtschafts- Sozial- und Steuerpolitik zu entwerfen, das zu dem oben genannten Ziel führen kann. Alle Einzelvorschläge dazu, können höchstens als Grundlage für eine Diskussion aufgefasst werden, deren Ergebnis dann von einem Team von Politikern aus den verschiedenen Sparten der Arbeiterbewegung zu einem geschlossenen Ganzen vereinigt werden soll.

- 1.) <sup>Steuer der</sup> Senkung der Lohn- und Einkommensteuer für die kleinen und mittleren Einkommen.

Vergrosserung des Abstandes zwischen Lohn - und Einkommensteuer, als Ausgleich für die Abschreibung und für die Absetzung gewinnmindernder Ausgaben bei der Einkommensteuer.

Zur Sicherung des Staatshaushaltes sind die bisher gewährten Steuerbegünstigungen für die Akkumulation des Kapitals zu überprüfen. Insbesondere muss darauf bestanden werden, dass eine Aufrechterhaltung dieser Steuerbegünstigungen nur dann Berechtigung hat, wenn die Vorteile der gesteigerten Produktivität in Form von Preisverbilligungen allen Konsumenten zugute kommen ✓

- 2.) Änderung der Preiskalkulation in den Betrieben der öffentlichen Wirtschaft.

Die kapitalistische Privatwirtschaft kalkuliert die Preise auf der Annahme eines raschen, nicht immer in diesem Tempo begründeten <sup>Auflagen</sup> ~~Kapital~~verschlusses und eines Unternehmergewinnes. Die Preis- und Tarifpolitik der öffentlichen Wirtschaft kann andere Masstäbe für die Kalkulation anwenden, weil sie weder gewinnbringend sein soll, noch mit Rücksicht auf die Rückendeckung durch die Steuern, in diesem Tempo wie die Privatwirtschaft abschreiben muss. Dabei müssen wir zu einer einheitlichen Auffassung kommen, welche Produkte oder Dienstleistungen auch aus Steuerermittlung subventioniert werden dürfen, bzw. sollen. Ich halte es auf die Dauer nicht für möglich, dass wir bei der Tarifierstellung für die Personenbeförderung der Bundesbahn die Subventionierung fördern und bei der Tarifierstellung für andere Massenverkehrsmittel ~~zur Personenbeförderung~~ kostendeckende Preise verlangen.

✓ Neue Bestimmung des Begriffes "gemeinnützig", nicht der Inhaber, sondern die dem Konsumenten dienende Kalkulation soll maßgebend sein.

In der Verbilligung von Massendienstleistungen haben wir heute eine ernste Konkurrenz mit der kapitalistischen Privatwirtschaft bereits zu bestehen. Diese Methode der konservativen Politik wird in Grossbritannien und in der Vereinigten Staaten geübt, gewinnt aber auch bei den österreichischen Konservativen immer mehr Anhang.

Andererseits aber müssen wir erkennen, dass für das gestiegene Selbstbewusstsein der arbeitenden Menschen die Beglückung von oben immer unerträglicher wird. Wir müssen daher im steigendem Masse dazu übergehen, Sozialleistungen grundsätzlich an die Verpflichtung zur eigenen Anstrengung, zur Besteuerung eigener Mittel zu binden und sie nur dort gratis zu erbringen, wo die wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür fehlen.

Für den "Firmgötter-Sozialismus" finden wir keine Anerkennung. Das können wir feststellen aus den Erfahrungen mit den Gemeindebauten seit 1945 bis zu den Fürsorgeaktionen der Kinderfreunde an Menschen, die es nicht mehr notwendig haben.

### 3.) Befreiung des privatwirtschaftlichen Sektors vom Interventionismus und Protektionismus.

Die Zerstörung der Legende von der "freien Wirtschaft" ist im gleichen Masse eine politische wie eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Eine wirtschaftliche Notwendigkeit, weil die heutige Kartelle und Kammerorganisation im Handel, Gewerbe und Industrie, das Endprodukt dadurch überflüssig verteuert, dass aus dem Preis auch wirtschaftlich lebensunfähige Unternehmungen erhalten, oder an ihre Inhaber für die Stilllegung Renten bezahlt werden.

Ausserdem bringt diese Wirtschaftsorganisation den Konsumenten um die Vorteile der Preisverbilligung und Qualitätsverbesserung durch den Konkurrenzkampf, und politisch deswegen,

weil der einzelne Unternehmer auf Gedeih und Verderben mit der politischen Führung der Standesorganisation verbunden wird. Dabei muss uns allerdings klar werden, dass die Mehrzahl der Privatunternehmer heute den Interventionismus und Protektionismus bequemer findet, als den wirtschaftlichen Konkurrenzkampf. Es ist daher unter diesen Menschen die Tendenz, nach wirklich freier Wirtschaftsentfaltung geringer als das Bedürfnis, gegen die freie Wirtschaftsentfaltung geschützt zu werden.

Es handelt sich hierbei um eine Auflösungserscheinung der kapitalistischen Eigenwirtschaft durch die Ausschaltung der Unternehmerinitiative, die wir ansich begrüßen können, für die wir aber nicht durch überflüssige Preiserhöhungen zahlen sollen.

Der Kampf für die Befreiung der Wirtschaft von den Fesseln des Protektionismus, müsste bei der Beratung über die am Ende des Jahres ablaufenden Lenkungsgesetze beginnen und mit verstärktem Eintreten für faktische Wirtschaftsfreiheit <sup>vom Ausserhandel</sup> bis zur Aufhebung der Raßbattbeschränkungen und - verbote fortgesetzt werden.

#### 4.) Senkung der Zölle.

Volle Importfreiheit für jeden, zumindestens für jeden Unternehmer, unabhängig von Betriebsgrösse und Wirtschaftszweig. Zollfreie Einfuhr bestimmter Mindestquanten von bestimmten Warengattungen für jeden einzelnen Staatsbürger für den eigenen Verbrauch. (Vorschlag Vorhardt, also „soziale Marktwirtschaft“)

Unsere bisherige Zollpolitik war mehr auf die Interessen der Erzeuger als der Konsumenten bedacht. Das war auch richtig, solange es galt, die Vollbeschäftigung zu erreichen. Heute, wo die Vollbeschäftigung als eine Errungenschaft auch von unseren Gegnern betrachtet und dargestellt wird, sollen wir nicht allein dafür zahlen. Es ist daher mit der Schutzpolitik Schluss zu machen und auch <sup>Hänschen</sup> ~~wahrscheinlich~~ aus den eigenen Reihen die

Berechtigung zu versagen. Der einmal aus einem Schutzzoll erzielte Gewinn eines Betriebes, auch eines öffentlich bewirtschafteten, darf nicht als ewiges Vorrecht versteinert werden. Es soll eine Verpflichtung sein, aus der ausgebauten Produktion auch bei vermindertem oder aufgehobenem Zollschutz die gleichen Gewinne zu erzielen, wobei die durch die Preisverbilligung ermöglichte Umsatzsteigerung über die Anfangsschwierigkeiten hinweghelfen wird.

Wir könnten leicht in die Lage kommen, dass die Konservativen nicht nur aus Abneigung gegen die verstaatlichten Betriebe, sondern auch aus politischer Demagogie auf einmal mit Zollsenkungsvorschlägen kommen, bei denen wir dann höchstens nachlaufen können.

5.) Verbot der Kartellbildung und der Mindestpreisvorschriften für gewerbliche Produkte <sup>auch</sup> durch Massnahmen der gesetzlichen Interessenvertretungen.

Verbot der Verkaufsbeschränkungen durch Einschaltung des Grosshandels bei Aufrechterhaltung und Verbesserung der Schutzbestimmungen über den unlatteren Wettbewerb.

Unser Kartellgesetz läuft am 31. Dezember 1956 ab.

<sup>Zu</sup> ~~Zu~~ diesem Zeitpunkt werden wir politisch höchstens eine Verlängerung erreichen können und selbst das ist zwischen Nationalrats- und Präsidentschaftswahlen gar nicht sicher. In solchen Zeiten spielen die Wahlfondsspenden der Industrie eine noch grössere Rolle als sonst. Wir müssen daher versuchen, <sup>zu</sup> ~~zugleich~~ mit der Neuordnung im agrarischen Sektor auch die Neuordnung im gewerblichen Sektor zu erreichen und können dabei auf die Unterstützung der Landwirtschaft rechnen, wenn wir uns mit <sup>ihre</sup> ~~der~~ ~~Landwirtschaft~~ über ein gemeinsames Vorgehen einigen.

- 6.) Verstärkung der Kontrolle über die öffentliche Wirtschaft und über die Organe eines staatlichen Wirtschaftseinflusses.  
Bestellung der Aufsichtsräte nach der Stärke der in der zuständigen gesetzgebenden Körperschaft vertretenen politischen Parteien, über deren Vorschlag.  
Unvereinbarkeit der Ämter des Amtes des Aufsichtsorganes mit dem eines Beaufichtigten.  
Ausdehnung der bestehenden Funktionsverbote für Rechtsanwälte und Notare, auf Funktionäre der Interessenvertretung, der verstaatlichten oder/unter staatlichem Einfluss stehenden Unternehmungen, sowie auf Eigentümer oder Gesellschafter von Kontrahantenfirmen <sup>die</sup> mit einem Staatsamt <sup>beleidigen</sup>.  
7.) Fortsetzung der auf echte reale Lohnsteigerung gerichteten gewerkschaftlichen Lohnpolitik, die sich nach der effektiven Produktions- oder Produktivitätssteigerung richten muss.  
8.) Bewusste Förderung der familienpolitischen Steuer-, Lohn-, Tarif- und Fürsorgemaßnahmen.

Nach Abschluss der klassischen Sozialpolitik bleibt gegenwärtig als Hauptziel der modernen Sozialpolitik die Erleichterung der aus der Familiengründung und Familienerhaltung sich ergebenden Lasten. Dabei wird im Interesse der Produktionssteigerung der konservative Weg der Verbannung der Frau aus dem Erwerbsleben nur für eine schmale Schichte der Beschäftigten gangbar sein, <sup>es</sup> soll wie in den Ländern mit hoher Produktion und damit hohem Lebensstandard die Unterstützung der arbeitenden Frau durch Einrichtungen aus öffentlichen Mitteln erreicht werden. Ein Programm hierfür hat die letzte familienpolitische Tagung aufgestellt.

9.) Verbesserung der Altrenten.

Bei aller Freude über das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz müssen wir uns darüber klar sein, dass die Altrentner, die für sie unerreichten Errungenschaften der Neurentner mit sehr geteilter Freude aufnehmen werden. Das Problem der Altpensionisten in der Privatwirtschaft dürfen wir nicht hinnehmen, sondern müssen uns bemühen es so zu ändern, wie im öffentlichen Dienst. Die dort endlich durchgesetzte Automatik kann allerdings wegen der Verschiedenheit bei den Dienstgebern nicht voll übernommen werden. Aber wir sollten doch überlegen, ob man nicht auch bei Kollektivvertragskündigungen und -Erneuerungen verlangen sollte, ~~das~~<sup>dass</sup> die Arbeitgeber für die bei Neurentnern nicht mehr nötigen zusätzlichen Sozialleistungen eine Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge zur Pensionsversicherung auf bestimmte oder unbestimmte Zeit übernehmen, um daraus die Altrentner anzugleichen; am besten auf unbestimmte Zeit, weil durch die Mechanik der Lohnbewegung wir immer wieder neue Altrentner erzeugen, die zwar 79,5% Rente von ihrem Lohn oder ihrer Bemessungsgrundlage erhalten, aber nicht von den neuen höheren Löhnen, die in der Zeit errungen würden, in der sie bereits pensioniert sind. (Siehe Renten in der Unfallversicherung!)

10.) Vollendung der sozialen Sicherheit durch Volkspension für die Selbständigen ohne Bedürftigkeitsklausel.

Hiezu sollen Zuschläge zu den Umsätzen von Kartellfirmen (falls das Kartellverbot nicht durchsetzbar ist), zur Körperschaftsteuer und zu den Umsätzen von Großunternehmungen eingehoben werden. Wir treffen damit natürlich auch Unternehmungen, die uns nahestehen. Wir sollen aber nicht übersehen, daß die ~~Erleichterung~~ Erschwerung der Konkurrenzfähigkeit in der überdimensionierten gewerblichen Wirtschaft auch durch die Kapitalkonzentration herbeigeführt wird. Die so verproletari-

sierten Angehörigen des ehemaligen Mittelstandes werden in der zum Mittelstand aufgestiegenen Arbeiterschaft und der Sozialistischen Partei solange ihren Feind erblicken, bis wir uns nicht dazu durchringen, soziale Not und Armut auch bei ehemals Selbständigen als ~~Bekämpfungs-~~ <sup>Bekämpfungs-</sup> und ~~Hebungswert~~ <sup>Hebungswert</sup> zu betrachten.

Gerade diese Existenzen können bei kommenden Wahlen das berühmte Zünglein an der Waage spielen.

### RESUMÉ Resumé.

Wir erkennen unsere Mitarbeit an der Erhaltung der kapitalistischen Industriewirtschaft ~~noch~~ für die Arbeiterschaft in der Übergangszeit als notwendig an. Wir müssen uns jedoch trotzdem deutlich von den Konservativen der kapitalistischen Wirtschaftsform abgrenzen und ein <sup>unterscheidendes</sup> ~~durchschnittliches~~ Programm des sozialen Interessenausgleichs entwerfen und konsequent vertreten.

Für den Sozialisten muß auch in der Wirtschaftspolitik der Mensch das Maß aller Dinge und die Steigerung des Anteils der Arbeitenden an den von ihnen geschaffenen Produkten das Ziel der Politik sein.

Die soziale Marktwirtschaft der Konservativen, der modernen Konservativen, kommt /in äußerlichkeiten/ uns /sehr nahe/. Die Grenze sollen wir dort ziehen, wo die Interessen des Konsumenten gegen die Interessen der Produzenten stehen. Da wir in Österreich einen wesentlichen Teil der Industrieproduktion und der öffentlichen Dienstleistungen mitverwalten, wird uns diese Frontstellung zuerst Schwierigkeiten machen. Die Reaktion auch der Arbeiterschaft auf Preis- und Tarifierhöhungen, soll uns jedoch deutliche machen, daß nach der wirksamen Bekämpfung der Ausbeutung im Betrieb und nach der Beherrschung der sozialen Not, ein neues, unbestimmtes Klassenbewußtsein sich entwickelt.  
Das Klassenbewußtsein des Verbrauchers, des Konsumenten, der



~~Kennzeichen~~ von allen Veränderungen seines Reallohnes, die nicht irgendwie mit seinem persönlichen Leben in Verbindung gebracht werden, opponiert. Als Beispiel hiefür weise ich darauf hin, daß die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge am 1.8. 1955 wegen der Zweckbestimmung zur Pensionserhöhung viel weniger Unzufriedenheit hervorgerufen hat, als die Fahrpreiserhöhung in Wien, obwohl das Ausmaß der Beitragserhöhung für den einzelnen (1 % für den Arbeiter, 1/2 % für den Angestellten) nicht viel geringer war. Wir werden in Zukunft ins Leere rufen, wenn wir uns an die durch die Unternehmerwillkür im Betrieb Ausgebeuteten wenden. Wir müssen zum Kampf gegen die assoziale Marktwirtschaft der Kartelle und des Kammerprotektionismus rufen, als Schlagwort dafür würde ich wählen "Die Politik einer <sup>neis</sup> gerechten Konsumentenwirtschaft."

Wir haben keinen Grund zum Verzweifeln oder zum Resignieren. Wenn wir uns ~~intensiver~~ intensiver mit der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft in Österreich beschäftigen, werden wir erkennen, daß wir in der Überwindung der eigenkapitalistischen Wirtschaft große Fortschritte gemacht haben. Es kommt selbst uns nicht immer zum Bewußtsein, daß unser Freund Hitzinger und der ÖVP-Funktionär Mayer-Guntoff, beide Verwalter des öffentlichen und nicht mehr des privaten Kapitals sind, obwohl wir Mayer-Guntoff immer als solchen hinstellen, denn er ist ja durch den Kreditanstalt-Konzern in die öffentliche Wirtschaft einbezogen. Umso schwieriger wird die Klärung bei unseren Vertrauensmännern, Mitgliedern und Wählern sein, aber es ist höchste Zeit damit zu beginnen.

Und wenn ich eine einzige Absicht bei der Niederschrift

dieser Diskussionsgrundlage gehabt habe, dann die, den Fehl  
der Labor Party zu vermeiden, und die Auseinandersetzung um  
das erneuerte Programm vor der Wahl zu vollenden und nicht  
erst nach der Niederlage zu beginnen.

WIEN, 28. Oktober 1955  
XII, WOLFGANGGASSE 58 - TEL. B 23-5-90

Lieber Freund !

*del.*

Anbei überreiche ich Dir die mir zur Einsichtnahme überlassene Diskussionsgrundlage, die ich mit Interesse gelesen habe. Es wird sicherlich die Möglichkeit bestehen, über diese Fülle von Problemen, die darin aufgerollt sind, mit Dir noch zu reden. Heute möchte ich nur sagen, dass der "New Look", durch die geänderten Voraussetzungen notwendig geworden, meiner Meinung nach nicht unbedingt zu einer Stärkung der Partei führen muss. Auch unsere Partei ist - ich möchte fast sagen Gott sei Dank - schon von so vielen Menschen gebildet, deren Interessen nicht immer gleich laufen. Je stärker wir daher die Bindungen flechten und auf deren Einhaltung dringen, umso grösser ist die Gefahr, dass es manchenmal auch grösseren Bevölkerungsteilen unmöglich gemacht wird zu folgen und wir sie dadurch abstossen. Die Forderungen, in denen die Diskussionsgrundlage gipfelt, sind recht bunt zusammengemischt und - so sehr man einzelnes befürworten kann, muss gegen manches andere grösstes Bedenken an den Tag gelegt werden.

Mit den besten Grüssen !

Dein



Herrn Bundesminister  
Dipl. Ing. Karl Waldbrunner  
W i e n, I.